



Die Berliner Industrie steht auf dem Prüfstand (Symbolbild) | Bild: FG Trade, Canva

Sicherheit made in Berlin

29. Januar 2026

*Über die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in der Hauptstadt haben sich die Mitglieder des **Steuerungskreises Transformation der Berliner Industrie (SKIP)** in ihrer gemeinsamen Sitzung unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters ausgetauscht. Weitere Themen waren die aktuelle Lage der Berliner Industrie, die Beschleunigung von Dekarbonisierungsvorhaben, das Transformationsnetzwerk für die Fahrzeug- und Zuliefererindustrie in der Region Berlin-Brandenburg und die Auswirkungen des terroristischen Anschlags auf das Stromnetz zu Jahresbeginn auf die Berliner Wirtschaft.*

Kai Wegner (CDU), Regierender Bürgermeister von Berlin: „Berlin kann mit seinen Hightech-Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen einen entscheidenden Beitrag zur Resilienz und Sicherheit in Europa leisten. Deshalb fördern wir im Berliner

Senat gezielt ein leistungsfähiges Defense Technology-Ökosystem. Wir setzen uns für die Vernetzung der Unternehmen ein, für Synergien und Ansiedlungen neuer DefTech-Unternehmen. Sicherheit, Innovation und Zukunft ‚made in Berlin‘ sind unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen und hybriden Bedrohungslagen.“

Franziska Giffey (SPD), Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe: „Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist heute auch Industriepolitik. In einer veränderten Weltlage geht es darum, technologische Souveränität zu sichern und Wertschöpfung in Europa zu halten. Berlin ist dafür ein starker Standort: mit exzellenter Forschung, innovativen Unternehmen und einem dynamischen Start-up-Ökosystem. Ob Cyber-Sicherheit, Künstliche Intelligenz, Luft- und Raumfahrt oder Robotik – hier entstehen Technologien, die Sicherheit, Innovation und wirtschaftliche Stärke verbinden. Als Land unterstützen wir deshalb gezielt den Aufbau eines DefTech-Ökosystems, beschleunigen Investitionen in Forschung und Produktion und schaffen mit Reallaboren und Testfeldern Rahmenbedingungen, die ermöglichen, Neues auch auszuprobieren.“

Dr. Stefan Franzke, Geschäftsführer von Berlin Partner: „Wir setzen auf steigende Investitionen in Sicherheits- und Verteidigungstechnologien. Als Berlin Partner fördern wir den Aufbau eines starken Ökosystems und vernetzen Wirtschaft und Forschung in diesen Bereichen noch enger miteinander, um die Ansiedlung von Start-ups und Unternehmen gezielt zu unterstützen. In Berlin liegt der Schwerpunkt dabei eindeutig auf Dual-Use-Technologien. Während es bislang überwiegend um zivile Anwendungen ging, eröffnen die Möglichkeiten im Dual-Use-Bereich mittel- bis langfristig zusätzliche Wachstumsperspektiven für die Berliner Wirtschaft. Hier sehen wir großes Potenzial, die wirtschaftliche Stärke der Hauptstadt auszubauen und – insbesondere in den Bereichen Cybersecurity und Energie – gleichzeitig mehr Sicherheit für Unternehmen und die Bevölkerung zu schaffen“

Sebastian Stietzel, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK Berlin): „Die Transformation der Berliner Industrie ist in vollem Gange. Nicht zuletzt angesichts der geopolitischen Spannungen spielen dabei Unternehmen aus dem Defence-Tech-Bereich auch in Berlin eine zunehmend größere Rolle. Der vom Senat geplante Aufbau eines DefTech-Ökosystems ist allerdings kein Selbstläufer, die nationale Konkurrenz ist groß. Deshalb ist es gut, dass der Steuerungskreis das Signal sendet, neben der weiterhin konsequenten Umsetzung des Masterplans Industrie (MPI) diesem industrielpolitischen Transformationsvorhaben ebenfalls hohe Priorität einzuräumen.“

Constantin Borchelt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin: „Die Lage der Industrie in Deutschland ist ernst. Für Berlin sehen wir im engeren Bereich der Berliner ME-Industrie aktuell den Abbau von etwas über 2.000 Arbeitsplätzen. Die gute Botschaft heißt, gerade in Berlin bestehen gleichzeitig gute Voraussetzungen für industrielles Wachstum, gerade in der Digitalwirtschaft und überall rund um das Thema Energie. Was muss

passieren? Die IG Metall hat bundesweit eine ‚Initiative für Arbeit und Aufschwung‘ vorgeschlagen, eine Initiative von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Substanz muss gesichert werden. Wir brauchen überall das gemeinsame, klare Bekenntnis zum Industriestandort und den Mut, zu investieren, genauso wie den Mut, Regeln anzupassen, wo wir uns selbst schaden, beispielsweise, indem wir bei öffentlicher Beschaffung oder Investitionen in die Infrastruktur ‚local content‘ einfordern.“ (red)